



Prof. Dr. Norbert Lammert
Präsident des Deutschen Bundestages

Festrede
zur feierlichen Einweihung des neuen Brandenburger Landtags
am 21. Januar 2014 in Potsdam

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, Herr Ministerpräsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen dieses Brandenburger Landtages,
Exzellenzen, verehrte Gäste,

in diesem noch jungen Jahr 2014 erinnern wir an eine Reihe von Ereignissen der europäischen Geschichte, die nicht nur unser Land nachhaltig verändert und geprägt haben: 100 Jahre sind seit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges vergangen, 75 Jahre seit Beginn des Zweiten Weltkrieges, 25 Jahre seit dem Fall der Berliner Mauer, 10 Jahre seit der Osterweiterung der EU und dem historischen Zusammenwachsen Europas. Die Geschichte des Potsdamer Stadtschlusses ist mit der Geschichte Preußens untrennbar verbunden, mit seinem Aufstieg und seinem Untergang. Es gehört zu den besonderen Pointen unserer Geschichte, dass die Abschaffung der Länder in der DDR unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und die demonstrative Sprengung des Potsdamer wie des Berliner Schlosses mit der mutwilligen Zerstörung der jeweiligen historischen Stadtmitte ihre ideologische Begründung im bewussten Bruch mit der Geschichte fanden, während die sowjetischen Machthaber gleichzeitig weiterhin vom Kreml aus regierten – also von dem Schloss aus, in dem vorher die Zaren thronen.

„*Ceci n'est pas un château*“ – Wir eröffnen heute nicht ein altes Schloss neu, wir feiern schon gar nicht die Wiederherstellung einer absolutistischen Monarchie,

sondern das erste eigene Parlamentsgebäude in der 1000-jährigen Geschichte Brandenburgs. Ein Parlamentsgebäude, das nach einer denkwürdigen Entscheidung des brandenburgischen Landtages und mit einer bemerkenswerten Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements in den Umrissen und Aufrissen des alten Potsdamer Stadtschlusses hier an dieser historischen Stelle neu entstanden ist.

Mit „Brandenburg“ und „Landtag“ habe ich zugleich die beiden Stichworte genannt, über die ich gerne – mit herzlichem Dank für die freundliche Einladung zu diesem stolzen Anlass – zu Ihnen sprechen möchte. Zwei Themen, die uns gemeinsam angehen, den Bund wie die Länder und ihre Parlamente allemal: nämlich den Föderalismus und den Parlamentarismus. Beide Aspekte sind für unsere Verfassungsordnung konstitutiv. Wir halten sie nicht nur für rechtlich, sondern auch politisch für völlig unverzichtbar. Und für diese beide unaufgebbaren Festlegungen unserer Verfassungsordnung gilt bei nüchterner Betrachtung: sie sind beide nicht sonderlich populär. Es wäre schön, wenn es anders wäre, aber es ist so. Jedenfalls lässt der nüchterne Blick auf die Realitäten eine andere Beurteilung schwerlich zu. Hier in Brandenburg – das zeigen Umfragen – fühlen sich dreiviertel der Menschen mit dem eigenen Land sehr verbunden. Aber hier wie anderswo identifizieren sich die meisten Menschen zuerst mit der Stadt, mit der Gemeinde, mit der engeren Heimat, in der sie leben. Danach folgen interessanterweise die Bundesebene und die Europaebene. Das Verhältnis zu den Ländern – das hat natürlich auch mit den vielfältigen Veränderungen über jahrhundertelange Prozesse zu tun, ist sehr viel fragiler. Ein Viertel der Bundesbürger halten die Länder schlicht für überflüssig. Immerhin in der Hälfte aller heute existierenden Länder spricht sich die Mehrheit der Befragten für eine Fusion mit mindestens einem Nachbarland aus.

In dem Thema ist viel Musik, die sich für eine Festrede zu diesem Anlass nicht so richtig gut eignet – das ist mir rechtzeitig aufgefallen –, und deshalb schließe ich diesen dezenten Hinweis mit folgender Bemerkung ab: Dass es bei uns so viele, so unterschiedliche Städte, Regionen und Landschaften gibt, so viele Bräuche, Traditionen, Kulturen und Dialekte, macht im wörtlichen Sinn den Reichtum unseres Landes aus und sollte uns gelegentliche Neigungen zur Verzweiflung über Komplizierungen oder auch über Auswüchse des real existierenden Föderalismus mit Gelassenheit ertragen lassen. Da wir heute – aus gegebenem Anlass und mit Blick auf historische Ereignisse und Zusammenhänge – viel über Rekonstruktionen reden, erlaube ich mir, Kurt Biedenkopf zu zitieren. Der langjährige sächsische Ministerpräsident hat – wie ich glaube völlig zutreffend – schon vor vielen Jahren auf den Beitrag des Föderalismus im Prozess der Wiedervereinigung hingewiesen. Ohne die föderale Verfassung – so hat er damals gesagt – wäre die Verwirklichung der deutschen Einheit nach dem Fall der Mauer kaum möglich gewesen. Zitat: „Denn weder die vier früheren Siegermächte noch die neun territorialen Nachbarn Deutschlands hätten einen deutschen Zentralstaat mitten in Europa als Folge der Wiedervereinigung akzeptiert; einen Zustand, den sie jahrhundertlang zu verhindern suchten.“

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weder der Bund noch die Länder, weder Parteien noch Parlamente, weder Regierung noch Opposition befinden sich gegenwärtig – freundlich formuliert – auf dem Höhepunkt ihres öffentlichen Ansehens. Es gibt viele unzutreffende, aber auch manche berechtigte Kritik am Zustand unseres politischen Systems. Gerade deshalb empfiehlt es sich, sorgfältig zu unterscheiden zwischen der breiten Zustimmung zur Demokratie als Staatsform und der ähnlich breiten Kritik an der Arbeit demokratischer Institutionen und den konkret stattfindenden politischen

Ereignissen und Entscheidungen. Interessanterweise ist beides gleich stark ausgeprägt: Wir haben eine hohe, stabile Zustimmung zu den Grundentscheidungen unserer Verfassung, die offenkundig längst über jeden ernsthaften Disput erhaben ist. Und wir haben gleichzeitig eine hartnäckige, kritische Position und Distanz zu den Institutionen – übrigens auch zu den Personen, die in und über diese Institutionen Ämter ausüben und Aufgaben wahrnehmen. Das, was für meinen persönlichen Geschmack etwas zu häufig und meist zu voreilig als Ausweis von Politikverdrossenheit interpretiert wird, könnte auch Ausdruck eines gewachsenen Urteilsvermögens sein: dass immer mehr Menschen bereit und in der Lage sind, zwischen der grundsätzlichen Zustimmung zu einem Staat und seiner Verfassung auf der einen Seite und den Zuständen, in denen sich seine Institutionen und seine handelnden Personen befinden, zu unterscheiden. Jedenfalls ist es ja nicht ein- und dasselbe. Und mich beruhigt es eher, dass eine Gesellschaft, die die eigenen Ansprüche an das Verhalten, an die Arbeitsweise, an die Mandatsausübung ihrer Vertreter offenkundig eher hoch als niedrig ansetzt, aus der mal mehr und mal weniger plausiblen Kritik an bestehenden Entwicklungen und Entscheidungen eben nicht die Schlussfolgerung zieht, dass das System offenkundig nichts taugt, sondern dass im Rahmen einer gegebenen, unbestrittenen Verfassungsordnung die bestmöglichen Ereignisse erzielt werden sollten – und vielleicht auch können.

Es gibt, wie die meisten von Ihnen sicher verfolgt haben, seit geraumer Zeit eine intensive Diskussion in den Medien, auch in der Wissenschaft, über den Stellenwert von Parlamenten, insbesondere in Zeiten der Globalisierung mit all den teilweise neuen Aufgaben und Herausforderungen, mit denen sich heute Länder wie Deutschland – aber keineswegs ja nur wir – auseinandersetzen müssen. Und da gibt es eine interessante Bandbreite von Auffassungen. Diese reicht bei hoch angesehenen Repräsentanten der Wissenschaft bis hin zu aktiven

und ehemaligen Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts von der förmlichen Feststellung eines „verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Verfallsprozesses“ bis hin zu der genau gegenteiligen Beobachtung, nämlich dass „der Parlamentarismus in den zurückliegenden Jahrzehnten von Erfolg zu Erfolg geeilt sei“. Was ist nun eigentlich richtig?

Ich beginne mal vorsichtig mit dem vermittelnden Vorschlag, dass die Behauptung vom unmittelbar bevorstehenden Ableben des Parlamentarismus ebenso übertrieben ist wie die Vermutung einer unaufhaltsamen Erfolgsgeschichte. Wie auch sonst im richtigen Leben, ist bei genauem Hinsehen und nüchternem Blick die Sache nicht ganz so spektakulär wie sie sich in Berichterstattungen und gelegentlich auch in wissenschaftlichen Expertisen finden lässt. Die Realität ist im Allgemeinen eher grau als grell und die Wirklichkeit spielt sich nicht täglich in großen Ereignissen ab, sondern sie schlägt sich in der Abarbeitung von Alltagsanforderungen nieder. Dabei wird man auch und gerade was die Funktion und die Leistungsfähigkeit von Parlamenten betrifft fairerweise nicht übersehen dürfen, dass die Anforderungen, denen sich Parlamente heute ausgesetzt sehen (die Landtage wie der Bundestag und das Europäische Parlament übrigens auch), nicht nur anders sind als früher, sondern höher, größer sind als früher. Ein so unverdächtiger, erfahrener kluger Beobachter wie Hans-Jochen Vogel, der auf allen Ebenen unseres politischen Systems über lange Zeit herausragende Aufgaben und Ämter wahrgenommen hat – auf der kommunalen Ebene, der Landesebene wie der Bundesebene, der Regierungsämtler hatte und über viele lange Jahre herausragende parlamentarische Funktionen – hat gerade im Kontext dieser Frage, wie es mit der Aufgabenstellung von Parlamenten heute sei, schon vor einigen Jahren den Hinweis gegeben: Heute sei die Wahrung von Wohlstand und sozialer Sicherung bei rückläufiger Bevölkerungszahl und zunehmender Überalterung unter den

Wettbewerbsbedingungen der Globalisierung eine neue und große Herausforderung, die es früher so nicht gegeben hat. Das ist zweifellos zutreffend. Die Erwartung der Öffentlichkeit im Umgang mit diesen Problemen sind allemal ausgeprägter als die tatsächlichen Gestaltungsspielräume, die sowohl bei den Regierungen als auch bei den Parlamenten regelmäßig sehr viel enger sind, als die Öffentlichkeit in den großzügigen Entwürfen erhofft und gelegentlich vermutet. Dass wir selbst gelegentlich nicht unmaßgeblich dazu beitragen, die Lücke zwischen den Erwartungen und den Möglichkeiten eher größer als kleiner zu machen, füge ich jetzt nur der Vollständigkeit halber hinzu. Große Koalitionen machen das Finden von gemeinsamen Lösungen übrigens nicht unbedingt einfacher, eher schwieriger. Große Koalitionen haben große Mehrheiten für das Durchsetzen von Lösungen, die sie aus dem gleichen Grund aber meistens nicht finden. Es ist im Übrigen auch schwer zu übersehen, dass sich die konkreten Erwartungen an Regierungen und Parlamente nicht selten wechselseitig ausschließen. Weil das, was die einen für absolut dringlich halten, die anderen für völlig unzumutbar erklären – und umgekehrt. Falls der eine oder andere von Ihnen jetzt spontan an aktuelle rentenpolitische Debatten denkt oder an Implikationen der Energiewende mit den jeweils kurz-, mittel- und langfristigen Wirkungen, soll mir das recht sein, aber Sie werden verstehen, dass ich das jetzt nicht weiter vertiefe. Jedenfalls: Weil gleichzeitig mit Hartnäckigkeit unterschiedlichste Erwartungen verfolgt werden, die sich wechselseitig ausschließen, wird nicht selten durch Festhalten an gewohnten Verhältnissen und lieb gewonnenen Besitzständen genau die Veränderung verhindert, deren Ausbleiben die Wähler anschließend Parteien, Parlamenten und Regierung vorwerfen.

Parlamente, meine Damen und Herren, müssen lernfähig sein, Regierungen selbstverständlich auch, und für die Parteien gilt das ganz gewiss. Sie sollten aber

nicht wankelmütig sein. Mit Abstand wichtiger und wirksamer als die Popularität von Politik ist ihre Glaubwürdigkeit. Was die Politik an Glaubwürdigkeit verliert, wodurch auch immer, durch Wankelmütigkeit, durch Wortbruch, durch Gleichgültigkeit, durch Beliebigkeit, kann sie an Popularität weder gewinnen noch ausgleichen. Und deswegen sollten wir alle – nicht nur die Politiker, aber Politiker ganz gewiss – möglicherweise bescheidener in unseren Ankündigungen werden, dafür aber anspruchsvoller in den Zielen und mutiger in den Entscheidungen. Streit ist im Übrigen nicht nur erlaubt, sondern im Ringen um die beste Lösung unverzichtbar. Es ist ein hartnäckiges Missverständnis, Demokratie für ein Verfahren zur Verhinderung von Streit zu halten. Das genaue Gegenteil ist richtig. Die Demokratie ist das – bislang jedenfalls – bestmögliche Verfahren zum zivilisierten Austragen unterschiedlicher Auffassungen, Meinungen und Interessen und zur Herbeiführung eines Ergebnisses, das für alle verbindlich ist. Das ist der Gegenstand von Demokratie. Deswegen sollte dieser Streit – wenn eben möglich – an der Sache orientiert sein sowie Diffamierungen und Übertreibungen vermeiden. Dass ein beachtlicher Teil des politischen Entscheidungsprozesses nicht auf der Vorderbühne, sondern in den Kulissen stattfindet, ist für viele Beobachter ein Ärgernis. Es ist aber oft die Voraussetzung dafür, dass Kompromisse überhaupt möglich werden, die zu den größten Errungenschaften der Menschheit gehören. Eine Gesellschaft, die nicht mehr kompromissfähig ist, wäre weder eine humane noch eine freiheitliche Gesellschaft.

Also muss ein politisches System, das sich von seinem Grundverständnis her als Ordnungsrahmen einer freiheitlichen Gesellschaft versteht, die Voraussetzungen dafür schaffen und erhalten, dass Kompromisse möglich bleiben oder möglich werden. Der wichtigste Platz für das Suchen und Finden von Kompromissen ist das Parlament und in dieser Funktion von anderen denkbaren, beispielsweise

plebiszitären Formen der Willensbildung unersetzbar, die genau dies regelmäßig nicht, schon gar nicht in einer vergleichbaren Weise leisten können.

Die Aufgaben der Parlamente haben sich nicht nur in Deutschland in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten gewandelt. Sie sind in dieser Veränderung aber nicht weniger wichtig und nicht geringer geworden – das gilt im innerstaatlichen Verhältnis wie im europäischen Zusammenhang. Es gilt im Übrigen auch für das Verhältnis von Bund und Ländern. Man mag gegenüber den Ergebnissen der berühmt berüchtigten Föderalismusreform manche Vorbehalte haben – auch mir fallen da wiederum einige Punkte ein, die sich für die Festrede nicht so richtig eignen. Aber dass diese Föderalismusreform die Rolle der Parlamente geschwächt hätte, kann ich beim besten Willen nicht erkennen. Durch die eindeutigere Zuweisung von Zuständigkeiten insbesondere auch von Gesetzgebungszuständigkeiten zwischen und zu den jeweiligen Ebenen und die damit verbundene Stärkung auch der Rolle der Landtage als Gesetzgeber im jeweils eigenen Zuständigkeitsbereich der Länder, ist die Aufgabenstellung und Verantwortung der Parlamente gewachsen und keineswegs kleiner geworden. Ich will Ihnen allerdings unter dem Eindruck der tatsächlichen Folgen der Föderalismusreform meinen persönlichen Eindruck nicht unterschlagen, dass es vor allem unter diesem Gesichtspunkt hilfreich wäre, wenn Landesregierungen und Landtage noch tapferer der Versuchung widerständen, die Aussicht auf finanzielle Beteiligung des Bundes für noch interessanter zu halten als die Wahrnehmung eigener Zuständigkeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, dass wir in einer Gesellschaft, die so verfasst ist, wie sie ist, nicht nur Parlamente haben, sondern auch das Fernsehen, und dass nicht nur hier, sondern auch dort mal so und mal anders über Politik geredet wird, das kann man auch wieder – je nach eigener

Beurteilung – für eine der Errungenschaften oder einer der Verfallssymptome unseres System halten. Jetzt kommt, Herr Jauch, die kurze Passage, wo Sie ganz tapfer sein müssen, so wie wir sonntagabends ja häufig auch. Die inzwischen hoffnungslos inflationierten Fernsehtalkshows sind jedenfalls nach meiner persönlichen Einschätzung weder immer unterhaltsam, noch in der Regel politisch bedeutsam. Geredet wird dort immer viel, entschieden wird regelmäßig nichts. Entschieden wird in Parlamenten. Deshalb besteht für Minderwertigkeitskomplexe überhaupt kein Anlass. Und dass meine ganz besondere Sympathie den Kolleginnen und Kollegen gilt, die der Versuchung, sich an dieser Art von politischen Unterhaltungsformaten zu beteiligen, tapfer widerstehen, ist inzwischen hinreichend bekannt.

Unsere Parlamente, meine Damen und Herren, sind nicht immer so gut, wie sie sein könnten, sie sind auch nicht immer so selbstbewusst, wie sie gelegentlich sein sollten. Sie sind aber allemal wichtiger und einflussreicher als die meisten Sendungen und Sitzungen, die sich viel größerer öffentlicher Aufmerksamkeit erfreuen. Bei aller Neigung zur Selbstkritik fallen mir im Übrigen im historischen wie im internationalen Vergleich keine Handvoll Parlamente ein, die einen ähnlichen oder gar größeren Einfluss auf Regierungsbildung, Gesetzgebung und Bildung der öffentlichen Meinung haben als die Parlamente in Deutschland.

Ganz zum Schluss möchte ich eine Bemerkung zur jungen Generation machen, an deren Interesse und Engagement für viele wichtige Anliegen kein ernsthafter Zweifel erlaubt ist. Wobei wir aber auch nicht übersehen dürfen, dass das vorhin im Allgemeinen festgestellte begrenzte Vertrauen gegenüber politischen Institutionen und vor allem gegenüber Parteien bei ihr eine besonders starke Ausprägung findet. Attraktiv erscheinen für junge Leute insbesondere Institutionen, die mit Politik wenig und mit Parteien gar nichts zu tun haben. Das

muss uns nachdenklich stimmen, denn es ist zweifellos keine Errungenschaft, und es ist auch kein Naturgesetz. Deswegen wäre es nicht nur schön, sondern dringend nötig, dass mehr junge Leute als heute die öffentlichen Angelegenheiten für ihre Angelegenheiten halten. Denn über welche Themen wir auch immer reden, ob über den Arbeitsmarkt, unsere sozialen Sicherungssysteme oder die Zukunft eines vereinigten europäischen Kontinents in einer globalen Welt: wir verhandeln hier nicht abgehobene, abstrakte Fragestellungen, wir verhandeln über die Zukunftsperspektive von lebenden Menschen. Und niemand ist von diesen Zukunftsperspektiven mehr und länger betroffen als die heute junge Generation. Im Übrigen gilt für jede Generation: Politik kann immer nur so gut sein wie die Leute, die sich für das Gemeinwohl zur Verfügung stellen. Jeder, der sich für die Politik für zu gut hält, muss wissen, dass er sie damit anderen überlässt, die er selbst für schlechter hält. Buh-Rufe von den Zuschauerrängen sind zulässig, ersetzen aber nicht das eigene Engagement.

Roman Herzog, unser früherer Bundespräsident hat einmal gesagt: „Es gibt viele demokratische Tugenden, Bequemlichkeit gehört nicht dazu!“ Das ist schlicht, aber klug formuliert. Es gilt nicht nur für das Verhältnis der Bürger zu ihrem Staat, es gilt auch für das Verhältnis der Politik gegenüber der Gesellschaft. Es gilt im Übrigen auch für das Verhältnis von Parlamenten gegenüber Regierungen. Die erste demokratische Tugend ist Verantwortung. Verantwortung für sich selbst und Mitverantwortung für das eigene Land. Parlament und Parlamentarier müssen diese Verantwortung beispielhaft wahrnehmen. Das gelingt nicht immer, schon gar nicht gelingt es immer gleich gut, aber es muss immer wieder neu versucht werden – ernsthaft, entschlossen, leidenschaftlich.

Schlösser sind schön, Demokratien sind wichtig. Wenn man, wie hier, das eine mit dem anderen verbinden kann, ist das hoffentlich eine doppelte Motivation.

Jedenfalls gilt meine herzliche Gratulation allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern, deren Anliegen hier vertreten werden. Meine guten Wünsche gelten Ihnen und Ihren Nachfolgern, die an dieser Stelle dieses anspruchsvolle Mandat wahrnehmen – im wörtlichen und übertragenen Sinne des Wortes. Dazu wünsche ich Mut, Kraft, Toleranz, Entschlossenheit, Selbstbewusstsein und Demut.